

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/034/2007

Sozialausschuss am 26.11.2007

Zu Punkt 6:	Erstellung einer Integrationskonzeption für die im Kreisgebiet lebenden Menschen mit Migrationshintergrund - Antrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2006
--------------------	--

Herr Richter stellt gleich zu Beginn des o.a. Tagesordnungspunktes zur Diskussion, ob die Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ durch „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ ersetzt werden sollte. Er unterstützt den Begriffswechsel insbesondere deshalb, da sich dieser Begriff in der Landes- wie Bundespolitik zunehmend durchsetzt.

Das vorgelegte Rahmenkonzept wurde im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit und einem konstruktiven Abstimmungsprozess mit den Ämtern der Kreisverwaltung sowie mit den Städten sowie vielen weiteren Akteuren entwickelt. Es wird somit sowohl intern wie extern von allen Akteuren mitgetragen. Zu den positiven Nebeneffekten des Entwicklungsprozesses zählt es, dass sowohl bei den jeweiligen Fachämtern als auch in den Städten der Handlungsdruck zu diesem Themenfeld steigt. Herr Richter verweist auf die Bedeutung der Kreispolitik, die das Konzept ebenfalls mittragen muss.

Parallel zur Entwicklung des Konzeptes wird derzeit eine aktuelle Datensammlung auf der Basis eines empfohlenen Kernkennzahlen-Set entwickelt, die im Januar 2008 vorgestellt werden wird.

Auf der Basis des gemeinsam angestimmten Rahmenkonzeptes sowie der vorgestellten Datenlage werden nachfolgend gemeinsam mit den Fachämtern zielführende Maßnahmevorschläge erarbeitet und diesem Gremium vorgestellt.

Herr Tondorf für die CDU-Fraktion dankt für die Vorlage und das Konzept. Er versteht den Kreis hier als Solidargemeinschaft und sieht in dem Konzept ein gutes Instrument zur „Messung vor Ort“. Die Querschnittsaufgabe Integration wird im Rahmen des Konzeptes sichtbar. Für ihn stellt sich die Frage, ob es weitere Felder gibt, in denen der Kreis tätig werden sollte, z.B. insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Sport und Sprache.

Herr Schnitzler dankt der Verwaltung zunächst für die Erstellung dieses umfangreichen Konzeptes. Eine Änderung der Begrifflichkeit hält er nicht für sinnvoll. Er spricht einige Fragestellungen an, die nach seiner Auffassung noch nicht in dem Konzept enthalten sind. Insbesondere im Bereich Gesundheit bittet er darum, aktiv auf das Gesundheitsamt zuzugehen und eine Umformulierung des Textes auf S. 18 Absatz 4, 1. Satz („Insoweit ... miteinfasst“) zu erreichen.

Die vorliegende Formulierung greife wesentlich zu kurz.

Er verweist auf den Veränderungsantrag der SPD-Fraktion zum Produkt 05.04.07.

Es besteht Einverständnis, diesen Antrag zu diesem TOP mit zu behandeln.

Herr Richter nimmt Stellung zu den aufgeworfenen Fragen und erklärt, dass eine Änderung der Begrifflichkeit nicht zwingend erforderlich sei. Er regt an, diese Diskussion in den Kreisausschuss weiterzugeben und dort abschließend zu entscheiden.

Für die erste Sitzung des Sozialausschusses in 2008 ist die Vorstellung der Datensammlung vorgesehen. Darin sind dann auch sowohl statistische Angaben zu den Ausländeranteilen der Städte enthalten sowie viele weitere Daten.

Er stimmt Herrn Schnitzler zu bei der Bedeutung einer engen Verzahnung im Bereich Gesundheit.

Für Herrn Tilmes stellt sich das Interesse an Einbürgerungen als relativ gering dar. Die Ausführungen über den Umfang des Muttersprachlichen Unterrichts (MSU) hält er für sehr informativ. Er bittet um Klärung, ob im Kreisgebiet auch muttersprachlicher Unterricht in Koreanisch angeboten wird.

Eine Beantwortung zum Protokoll wird zugesagt.

Antwort: Aktuell gibt es im Kreis Mettmann keinen koreanischen MSU. Das Schulamt gab zur

Kenntnis, dass weder zur Zeit noch in naher Zukunft Neubesetzungen im Bereich des MSU erfolgen können. Der nächste MSU in Koreanisch wird in Düsseldorf mit insgesamt 12 Std./Monat durch 2 Koreanisch-Lehrer erteilt.

Nach Auffassung von Herrn Tondorf sollten für den Bereich Sprache, für die der Kreis seine Zuständigkeit sieht, die beiden Berufskollegs im Kreis Fortbildungsmaßnahmen betreiben.

Herr Kaiser lobt den Ansatz einer kreisweiten Vernetzung im Bereich der Integration; entscheidend ist hier das „große Ziel“. Für ihn ist die Aufgabe des Kreises noch nicht klar genug definiert. Nach einem ersten Bericht sind die Erkenntnisse hierzu auszuwerten.

Frau Sprenger benennt im Bereich Gesundheit die Fachstelle für psychisch erkrankte Migrantinnen und Migranten in Langenfeld, an der auch der Kreis beteiligt ist.

Frau Kornak bittet u.a. darum, die Bevölkerungsaufteilung im Kreisgebiet wenn möglich noch weiter zu spezifizieren; die Angaben zu „übrige Länder“ sollte zumindest auf Kontinente aufgeteilt werden. Eine entsprechende Nachlieferung dieser Angaben wird zugesichert.

Anmerkung: Eine solche weitere Aufteilung nach Kontinenten liegt seitens des LDS nicht vor.

Ferner sollen Fremdsprachenkenntnisse der Beschäftigten erfasst und genutzt werden, um Sprachbarrieren abzubauen.

Frau Kornak erklärt, dass die Formulierung auf Seite 18, letzter Absatz: „Die Betreuung der Beamten und Angestellten erfolgt bislang ohne Erfassung des Migrationshintergrundes oder der jeweiligen (Fremd-)Sprachenkenntnisse. Eine solche Abfrage kann ggf. für künftige Einstellungen im Erhebungsbogen als freiwillige Angaben aufgeführt werden“ als nicht ausreichend erscheint. Eine konkretere Formulierung wird erbeten.

Herr Richter weist darauf hin, dass das Rahmenkonzept von dem Maßnahmenpaket zu trennen sei. Teilnehmer des Arbeitskreises Integration extern sind sowohl Mitarbeiter/innen der Ämter 10, 20, 40, 50 und 53 (= Arbeitskreis Integration intern) sowie die zuständigen Mitarbeiter/innen in den kreisangehörigen Städten sowie die kommunal gewählten Migrantenvvertretungen der Städte. Darüber hinaus gehören Vertreter/innen der Migrationserstberatung sowie der Jugendmigrationsdienste zum Arbeitskreis. Zur Frage des Mitarbeiterpools mit Fremdsprachenkenntnissen teilt Herr Richter mit, dass in der Kreisverwaltung bereits ein entsprechender Auftrag durch die Verwaltungskonferenz erteilt wurde.

Beschluss:

Dem Rahmenkonzept der Kreisverwaltung Mettmann zur Ergänzung der Integrationsarbeit der kreisangehörigen Städte wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anschließend wird der Veränderungsantrag der SPD-Fraktion zu Produkt 05.04.07 beraten.

Herr Schnitzler erläutert nochmals den Inhalt des Veränderungsantrages. Weitere Ziele sollten hier formuliert werden.

Herr Tondorf für die CDU-Fraktion stimmt grundsätzlich den im SPD-Antrag definierten Zielen zu, sieht hier allerdings eine ausschussübergreifende Zuständigkeit. Auch kann in allen Fragen nicht nur die Zuständigkeit des Kreises und eine Einflussnahme auf die Ziele gesehen werden.

Nach Diskussion wird grundsätzlich eine umfassende Zuständigkeit des Kreises nicht gesehen, weitere Ziele in Sachen Integration können nur durch das zuständige Ministerium formuliert werden.

Für Herrn Schnitzler ist der Antrag nur mittelbar haushaltsrelevant; eine Konkretisierung ist aber wichtig.

Er schlägt vor, den Wortlaut des Antrages wie folgt zu verändern:

Statt: „die „Ziel(e) sollen um folgende Punkte ergänzt werden: ...“ soll es heißen:

„Folgende Ziele wollen wir im Kreis Mettmann erreichen:

1. Im Kreis Mettmann soll jedem/r Migrant(in) innerhalb von 2 Monaten nach der Einreise eine Beratung (z.B. MEB) angeboten werden. Die Inanspruchnahme wird erfasst und ausgewertet.

2. Im Kreis Mettmann sollen alle Migranten/innen innerhalb von 6 Monaten nach ihrer Einreise in für sie geeignete Sprach- und Integrationskurse (erfolgreich) vermittelt werden.
3. Für die bereits im Kreis Mettmann wohnenden Migranten/innen wird unverzüglich ein bedarfsgerechtes Konzept bezüglich der "nachzuholenden Integration" erstellt, so dass mit der Umsetzung bereits im 3. Quartal 2008 begonnen werden kann.
4. Die Schulabschlüsse der Kinder von Migrant/innen sollen sich von denen in Deutschland geborener Deutscher im Ergebnis nicht mehr unterscheiden.“

Abstimmungsergebnis: **8 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/die Grünen)**
 10 Enthaltungen (CDU, FDP)

Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion angenommen.